Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 45 — Herford, Montag, den 23. Februar 1920 — 30. Jahrgang

Programm der Deutschen demokratischen Partei.

Beschlossen in der gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und des Vorstandes der Reichsfraktion vom 12. Februar 1920 in Ausführung des Beschlusses des Leipziger Parteitages vom 13. bis 15. Dezember 1919.

In der höchsten Not unseres Vaterlandes ist die Deutsche demokratische Partei geboren. Sie will das ganze Volk vorwärts und aufwärts führen in stetiger Entwicklung. Freiheit und Recht sind ihre Wegemarken.

Das ganze Volk — ohne Unterschied von Klasse, Beruf und Religion; innere Einheit tut uns vor allem not, und der einzige Weg zu ihr ist die Demokratie. Sie bedeutet: Interessenausgleich und Aufhebung der Begriffe Herrschaft und Untertanenschaft auf allen Gebieten, bedeutet gleiches Recht für alle in den Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft. Der demokratischen Staatsauffassung gelten Personen und Gemeinschaften nur als lebendige Zellen und Glieder; den einheitlichen Körper aber bildet die Gesamtheit. Ihren Daseinsbedingungen ist alles unterzuordnen und nicht obrigkeitliche Bevormundung ist ihr oberstes Gesetz, sondern der Wille des souveränen Volkes.

Inniger denn je bekennen wir uns zu unserer schwer geprüften Nation. Wir vertrauen fest darauf, daß wir durch eigene Kraft uns aus den Niederungen der Gegenwart wieder erheben werden.

Unbeirrt durch den Streit des Tages und durch eigensüchtige Versuche, das Unglück des Vaterlandes auszunützen für die Wiedererrichtung der alten Gewaltherrschaft oder für neue Diktaturen, geht unsere Partei der Aufgabe nach, die deutsche Republik mit wahrhaftigem, staatsbürgerlichem und sozialem Geist zu erfüllen. Und indem wir so für Deutschland wirken, dienen wir auch der Menschheit und bereiten das friedliche Zusammenleben der Völker in einer Welt des Rechts und der Versöhnung vor.

Nach diesen Grundsätzen formen wir unser Programm.

I. Staat.

1. Innere Politik.

Die Deutsche demokratische Partei steht auf dem Boden der Weimarer Verfassung; zu ihrem Schutz und zu ihrer Durchführung ist sie berufen. Voraussetzung des Erfolges ist die Erziehung des Volkes zur staatsbürgerlichen Gesinnung. Das Verhältnis des Einzelnen zur Gesamtheit bestimmt sich durch den Gedanken der staatsbürgerlichen Pflicht. Sie verleiht den Rechten der Volksgenossen Inhalt wie Begrenzung. Die deutsche Republik muß ein Volksstaat sein und unverbrüchlich zugleich ein Rechtsstaat.

Wir erstreben die Einheit des Reiches, aber unter Berücksichtigung und Erhaltung der Eigenart der deutschen Stämme.

In Gesetzgebung und Verwaltung muß gleiches Recht für alle gelten; die noch bestehenden Zurücksetzungen der Frauen sind zu beseitigen. Die Verwaltung des Reiches muß unter Wahrung des Berufsbeamtentums organisiert werden, aber auch unter starker Beteiligung des Laienelementes. Nach den gleichen Grundsätzen regele sich die Ordnung der Länder und Gemeinden in freier und weitestgehender Selbstverwaltung.

Das Recht ist ein Teil der Volkskultur und muß deshalb volkstümlich ausgestaltet werden.

Das uns aufgezwungene Söldnerheer ist baldigst durch ein Milizsystem mit allgemeiner Wehrpflicht zu ersetzen, das geeignet ist zur Verteidigung unserer nationalen Unabhängigkeit.

2. Aeußere Politik.

Ausgangspunkt und Inhalt der äußeren Politik Deutschlands ist für die nächste Zeit die Revision der Friedensverträge von Versailles und St. Germain. Denn auch in den Beziehungen der Völker zueinander sollen nicht Macht und Unterdrückung, sondern Gerechtigkeit und Freiheit walten. Niemals nehmen wir das Diktat der Gewalt als bleibende Rechtsordnung hin. Niemals erkennen wir die Absplitterung deutscher Volksteile vom Vaterlande an. Niemals lassen wir vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, und wir erstreben, gestützt auf diesen Grundsatz, den Zusammenschluß aller deutschen Stämme.

Deutschlands Anteil an der geistigen Hebung der Menschheit verbürgt ihm den Anspruch auf kolonisatorische Betätigung. Auch den Raub unserer Kolonien fechten wir an.

Ein Hauptziel der deutschen Politik ist die enge Verbindung mit den Auslandsdeutschen und ihr Schutz. Nationale Pflicht ist es den Volksgenossen unter fremder Herrschaft ihr Volkstum erhalten zu helfen; aber auch die Achtung nationaler Minderheiten in Deutschland betrachten wir als politisches Gebot.

Die letzte Verwirklichung unserer Gedanken kann dauernd nur erzielt werden durch einen Bund aller freien Staaten. Wir treten daher ein für einen Völkerbund, dessen erste Aufgabe das Zusammenwirken der Nationen ist und der zugleich eine internationale Arbeitsgemeinschaft darstellt.

Eine Mächteallianz aber, die dem deutschen Volke die Gleichberechtigung vorenthält, lehnen wir ab, denn sie fördert nur den Völkerhaß und die Völkerverhetzung.

II. Kultur.

Der Ausbau des neuen Deutschlands kann allein erfolgen durch die Pflege der geistigen Wohlfahrt des Volkes, durch seine körperliche und sittliche Stählung und durch die Förderung seiner seelischen Kräfte. Nicht Unterdrückung der Persönlichkeit, nicht Drill und Abrichtung des Einzelnen sind notwendig, sondern die Ehrfurcht vor jeder Ueberzeugung. Wir glauben an die Kraft der Wahrheit, den Irrtum zu überwinden! Auf solchen Grundlagen erhebt sich die höchste Schöpfung menschlichen Geistes: der Kulturstaat.

1. Schule, Unterricht und Erziehung.

Eckpfeiler des Kulturstaates ist die Schule. Lehrfreiheit und Lernfreiheit sind die Grundsätze unserer geistigen Verfassung. Zu den Lebens- und staatsnotwendigen Kenntnissen, zur Sitten- und Charakterbildung und zur körperlichen Tüchtigkeit soll die Schule verhelfen; sie befriedige das Anrecht eines jeden auf eine Erziehung, die seinen Fähigkeiten und seinem Bildungswillen entspricht. Sie begeistere alle zu höchsten Leistungen und schaffe dadurch auch dem Volke die Führer.

Schulpflichtig ist die deutsche Jugend bis zum 14., lernpflichtig bis zum 18. Lebensjahre. Darüber hinaus ist eine Möglichkeit der Fortbildung zu geben, die die volle Auswirkung aller Kräfte sichert.

Die Lehrerbildung ist ein ausschließliches Recht des Staates.

Unser Volk leidet an sozialer, politischer und religiöser Zerklüftung. Seine gefährdete Einheit sichert die alle Glieder der Nation umfassende simultane Einheitsschule. Auf einer Grundschule, welche allen Kindern gemeinsam das erste Wissen zuführt, baut sich das verzweigte System der Mittel-, Fach- und Fortbildungsschulen bis zur Hochschule auf.

Alle Privatschulen, die die Kinder nach Stand, Vermögen oder Bekenntnis der Eltern sondern, lehnen wir ab. Nicht öffentliche Schulen zur Ergänzung der staatlichen sind nur ausnahmsweise aus ernsten erzieherischen Bedürfnissen zuzulassen.

Der Unterricht an den öffentlichen Schulen muß unentgeltlich werden. Begabten soll der Staat erforderlichenfalls die Mittel für die Weiterbildung und auch für den Unterhalt während der Lernzeit gewähren.

Alle Schüler sollen mit der Geschichte und mit dem Wesen der Religion vertraut gemacht werden unter Wahrung der Gewissensfreiheit von Eltern, Kindern und Lehrern. Außer dem durch die Konfession bestimmten Religionsunterricht ist in der Schule ein allgemein religionskundlicher Unterricht zu erteilen; an einem von beiden muß jedes Kind teilnehmen.

2. Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Wohnlich machen und schmücken werden das Gebäude des Kulturstaates Wissenschaft, Kunst und Literatur. Frei sollen sie sich im Leben und in der Presse entfalten und dem Volke Veredelung und Erhebung gewähren. Wir vertrauen darauf, daß diese Lebensmächte ihren besten Schutz vor Verwilderung und Vergiftung in sich tragen. Doch darf der Staat seinen starken Schutz der bedrohten Volkssittlichkeit niemals versagen.

Die staatliche Kulturpolitik erhalte sich das Verständnis und die Fühlung für die treibenden Kräfte der Jugend, damit sie selbst nicht erstarre.

Geistige Arbeit, besonders auch die der freien Berufe, muß ihren angemessenen Lohn finden.

Das Neueste vom Tage.

Der deutsche Geschäftsträger Sthamer überreichte am Sonnabend nachmittag in London sein Beglaubigungsschreiben. Er unterhielt sich mit dem Minister des Aeußeren eine Stunde lang.

In Nürnberg und Fürth ist der Generalstreik ausgebrochen.

Die Kölnische Volkszeitung veröffentlicht einen längeren Newyorker Bericht über die amerikanische Hilfe für Deutschland. Am Schlusse wird erklärt, daß die amerikanische Hilfe nunmehr schnell und reichlich kommen werde.

Nach den zwischen der Reichspost und der bayerischen sowie württembergischen Post getroffenen vorläufigen Vereinbarungen soll die württembergische Post gegen eine Vergütung von 250 Millionen Mark und die bayerische Post gegen eine solche von 620 Millionen Mark auf das Reich übergehen.

Seit dem 20. Januar sind insgesamt 190 000 Mann, darunter 4300 Offiziere, aus den Gefangenenlagern in Frankreich zurückgekehrt. Der Abtransport vollzieht sich andauernd in planmäßiger Weise.

Eine drahtlose Mitteilung aus Moskau besagt, Archangelsk sei von den Bolschewisten genommen, die weißen Truppen hätten die Stadt aufgegeben und seien auf die Seite der Sowjetregierung getreten.

Das französische Amtsblatt meldet, daß Senator Raimond Poincaré an Stelle von Jonnart zum Delegierten Frankreichs in der Wiedergutmachungskommission ernannt wurde.

Im Lugau-Oelsnitzer Revier hat sich der Bergarbeiterverband einstimmig für die Einführung des Achtstundentages ausgesprochen.

Bei den Eisenbahnen des besetzten Gebiets wurde die mitteleuropäische Zeit eingeführt.

Die vom Völkerbund angekündigte Finanzkonferenz wird in 14 Tagen nach Genf einberufen.

Nach der englischen Wochenschrift „Nation" ist England gegen das Verbleiben Konstantinopels bei der Türjei; Lord Cecil hat eine Protestbewegung in ganz England eingeleitet.

Die internationale Kommission soll auf der Insel Sykt 5 deutsche Batterien auf eingemauerter Unterlage, 10 Maschinengewehre und 42 Geschütze gefunden haben. Die Kommission will beantragen, daß englische Truppen auf der Insel Garnison nehmen.

Dem bayerischen Landtag ist ein Gesetzentwurf zugegangen über die Fortführung der Main-Kanalisierung und von Aschaffenburg nach Würzbug und über den Ausbau der Donau-Wasserstraße von Regensburg nach Passau.

Die Hamburger Nachrichten behaupten, daß Reichsfinanzminister Erzberger die wahre Höhe seines Einkommens nicht angab. Das Blatt stellt weitere Angaben über die Einnahmen Erzbergers in Aussicht.

Die beiden Geschäftsführer der Lübecker Fischerei-Genossenschaft wurden wegen Preiswuchers verhaftet. Die Travemünder Fischer gaben, wie die Blätter berichten, den Kampf auf.

Eduard Bernstein teilt der N. B. Z. mit, daß er als Führer einer deutschen Studienkommission nach Rußland nicht in Betracht komme. Es handele sich offenbar um einen Namensvetter von ihm, der lange in Rußland gelebt hat, aber kein Sozialist sei.

Der „Temps" kommt bei der Betrachtung der Abmachungen der deutschen Regierung mit den Bergarbeitern zu dem Schluß, daß Frankreich gleichfalls mehr arbeiten müsse.

Die Nationalversammlung wurde für kommenden Donnerstag, den 26. Februar, einberufen.

In Lyon sind 30 000 Metallarbeiter in den Ausstand getreten.

Es kann eine Neigung aller deutschen Bergarbeiter zur Verlängerung der Arbeitszeit festgestellt werden.

3. Weltanschauung, Religion und Kirche.

Die Krönung des Kulturstaates aber bildet die Verwirklichung der inneren Freiheit in Fragen der Weltanschauung und der Religion. In der Erschaffung einer geistigen Welt erblicken wir Demokraten den höchsten Sinn des Lebens.

Grundsätzlich muß die Trennung von Staat und Kirche allmählich durchgeführt werden, es bleiben aber geschichtliche, ideelle und praktische Beziehungen zwischen Staat und Kirche bestehen. Die der Kirche gewährten Zuschüsse soll der Staat schonend ablösen.

Das gegenseitige Verständnis der Konfessionen zur fördern liegt im Wesen der Demokratie. Für die der Kirche zugehörigen Demokraten besteht die Pflicht ihre Gesinnung auch innerhalb der Kirche selbst zur Geltung zu bringen. Der Schutz des Staates gebührt auch den kleineren Gesinnungsgruppen.

So wollen wir den deutschen Kulturstaat errichten, so sollen unserer Nachfahren in ihm leben: frei im Geben, frei im Empfangen in Schule und Kirche, in Wissenschaft, Literatur und Kunst. Alle Diener an diesem Werke aber dürfen sich freudig bewußt sein, daß die Nation den am höchsten ehrt, dem sie die Wahrung ihrer idealen Werte anvertraut. Auch darf niemand im neuen Deutschland im Bildungsdünkel sich abgesondert fühlen, denn die geistigen Güter sind Lehen aus dem Eigentum der Allgemeinheit. Gerade der Gebildete schuldet seinem Volke sein ganzes Können und Wissen, weil er der mühseligen Arbeit auch des Einfachen und Schlichten mit zu verdanken hat, was er ist, und was er zu wirken vermag.

Der preußische Verfassungsentwurf.

wtb. Berlin, 22. Febr. Die Morgenblätter bringen einen Auszug aus der neuen preußischen Verfassung. Das Wahlrecht zum Landtage hat danach jeder in Preußen wohnende deutsche Reichsangehörige über 20 Jahre. Die Legislaturperiode dauert 4 Jahre. Ein besonderer Finanzrat als Senat muß zustimmen, wenn über die Vorschläge der Regierung hinaus Steuern, Anleihen oder ungedeckte Ausgaben vom Landtage bewilligt werden sollen. Die Befugnisse des früheren Königs erhält das Staatsministerium. Drei seiner Mitglieder üben das landesherrliche Kirchenregiment bis zum Erlaß besonderer Gesetze darüber aus. Gemeinden und Gemeindeverbände haben grundsätzlich Selbstverwaltung. Die wohlerworbenen Rechte der Staatsbeamten werden aufrecht erhalten. — Einige Blätter bringen Auszüge aus der Gesetzgebung und über die Befriedigung der Gebäude des Reichstages und des Landtages, innerhalb deren Bannkreis dürfen Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge nicht stattfinden. Ausnahmen können von den betreffenden Regierungen zugelassen werden.

Herr v. Gerlach verprügelt

Berlin, 21. Febr. In einer Versammlung des Bundes „Neues Vaterland", in der Herr v. Gerlach zur Auslieferungsfrage reden wollte, kam es gestern zu schweren Schlägereien. Eine Anzahl Militärpersonen, die den Baltikum-Truppen angehört haben sollen, beteiligten sich hieran. Es wurde „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen und es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der Herr v. Gerlach, wie es heißt, schwer verletzt wurde.

T.U. Berlin, 21. Febr. Zu den Ausschreitungen in der Versammlung des Bundes „Neues Vaterland" erfährt die N. B. Z., daß anscheinend die Ermordung des Herrn von Gerlach beabsichtigt war. Innere Verletzungen scheinen die gegen den Leib des Herrn v. Gerlach geführten Fußtritte nicht hervorgerufen zu haben.

Die Vorfälle bei der Versammlung des Bundes „Neues Vaterland" werden noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Unter den Festgenommenen, die sämtlich zur Marinebrigade Nr. 3 gehören, befinden sich 7 Offiziere.

Auch dieser bedauerliche Vorfall zeigt, welche Verrohung das politische Leben bei uns annimmt. Besonders kennzeichnend ist es, daß die Reaktion sich immer solcher unfairer Mittel bedient, um Gegner unschädlich zu machen. Nach der Haltung, die Herr v. Gerlach in seiner „Welt am Montag" eingenommen hat, kann man annehmen, daß er auch in dieser Frage in dasselbe Horn blasen wollte wie die ganz Radikalen. Das rohe Vorgehen gegen ihn bleibt deshalb nicht minder zu verurteilen.

Um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse.

T.U. Weimar, 23. Febr. (Drahtmeldung.) Die allgemeine deutsche Zeitungsverleger-Versammlung hat gestern einstimmig eine Entschließung angenommen, daß durch die völlige Unsicherheit der Papierlieferung und die ungeheuren Preiserhöhungen des Druckpapiers und aller Materialien und Maschinen, der Löhne und Gehälter die deutschen Zeitungen vor eine Katastrophe gestellt sind. Die Aussprache ergab, daß ohne eine Sicherstellung des Zeitungspapiers zu noch erträglichen Preisen der Zeitpunkt naheliegt, an dem die überwältigende Mehrzahl der deutschen Zeitungen ihr Erscheinen einstellen muß. Nach Darlegung der Gründe heißt es weiter: Es geht hier um Sein oder Nichtsein der deutschen Presse, um Freiheit, Unabhängigkeit und öffentliche Meinung. In letzter Stunde richten die deutschen Zeitungsverleger die dringende Mahnung an die Reichsregierung, die Regierungen der Länder und die Nationalversammlung, das Erscheinen der Zeitungen zu gewährleisten durch Sicherstellung einer ausreichenden Menge Papier zu möglichen Preisen. Zögert die Regierung, dann wird der Zusammenbruch der deutschen Presse mit allen seinen Folgen unvermeidlich.

Das Wahlprogramm der amerikanischen Republikaner.

(Reuter.)

wtb. Newyork, 23. Febr. Der republikanische Staatskonvent hat einstimmig das Programm angenommen, welches bei den kommenden Präsidentschaftswahlkämpfen die Losung der Republikaner sein soll. Das Programm spricht sich für sofortige Ratifizierung des Friedensvertrages unter gleichzeitiger Abgabe einer Erklärung aus, die zum Ausdruck bringt, daß die Vereinigten Staaten sich das unbedingte Recht des Austrittes aus dem Völkerbunde nach vorheriger ordnungsmäßiger Kündigung vorbehalten und daß die Vereinigten Staaten eine Verpflichtung zur Entsendung von Truppen ins Ausland nicht übernehmen. Das Programm empfiehlt ferner eine von Zeit zu Zeit abzuhaltende internationale Staatenkonferenz zur Prüfung der Bestimmungen des internationalen Rechtes.

Englands wunder Punkt.

Rotterdam, 22. Febr. Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times" schreibt: Im Unterhause bildeten sich in der Frage der Zukunft Konstantinopels zwei Parteien. Gestern forderten 23 Abgeordnete ihre Kollegen in einem Rundschreiben auf, nachstehendes Schreiben an den Premierminister zu unterzeichnen: Wir wünschen ihre Aufmerksamkeit auf das Versprechen zu lenken, welches Sie am 15. Januar 1918 gaben, daß wir nicht gekämpft haben, um die Türkei ihrer Hauptstadt oder reichen Länder in Klein-Asien und Thrazien zu berauben, die der Rasse nach überwiegend türkisch sind. Wir glauben, daß jedes Abweichen von dieser Verpflichtung verhängnisvoll für die Stimmung unter den Muselmanen in Indien sein würde.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 21. Febr. (Eig. Bericht.)

Die Landesversammlung war heute zum ersten Mal in diesem Tagungsabschnitt wieder sehr schlecht besucht; auch die Regierung ließ sich nur durch Kommissare vertreten. Die Tagesordnung wies, wie auch schon in den voraufgehenden Sitzungen, wieder eine Reihe kleiner Anträge auf, die zuweilen etwas erregte Auseinandersetzungen hervorriefen, gegen die am Schluß dann aber niemand ernstliches einzuwenden hat, sodaß ihre Annahme oder anders gearteter Erledigung meist einstimmig erfolgte. Dem Antrag des Abg. Graef (Soz.) auf Annahme eines Sperrgesetzes für die Anstellung von Gemeindebeamten in dem Gebiet der künftigen Stadt Groß-Berlin bis zum Inkrafttreten des Gesetzes über die Bildung Groß-Berlins stimmte das Haus in allen drei Lesungen einmütig zu. Während die Redner aller Parteien sich auch lebhaft für den demokratischen Antrag auf Zulassung von Frauen zu juristischen Prüfungen einsetzte, ließ ihm die Regierung durch Geheimrat Versen widersprechen. Der Antrag gehöre vor das Forum der Reichsgesetzgebung, die preußische Regierung werde der Forderung nicht Rechnung tragen können. Die Bemerkung rief große Unruhe im Hause hervor, das den Antrag dem Rechtsausschuß überwies. Dem gleichen Ausschuß überwies das Haus einen demokratischen Antrag um Aufnahme von Naturschutzbestimmungen zum Schutze seltener Tiere und Pflanzen sowie landschaftlicher Eigenarten in das Feld- und Forstpolizeigesetz. Die Regierung teilte dazu mit, daß bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vorbereitet werde. Ausführlich behandelte das Haus sodann die förmliche Anfrage des Abg. Dr. Boelitz (D. V.) über die Lehrbücher für Geschichte die schon vor der letzten Tagespause begründet und von der Regierung beantwortet worden war. Heute nahm zunächst wieder der Ministerialdirektor Jahnke dann das Wort und erklärte, daß ds Benutzungsverbot der alten Geschichtsbücher in der Schule wieder aufgehoben werden würde, wenn die Mehrheit des Hauses in dem Erlaß eine Erschwerung des Geschichtsunterrichts und eine Schädigung der Vorlagen erblicken würde. Abg. Hacks (Soz.) verlangte, daß Kulturgeschichte in sozialistischem Sinne und keine Herabsetzung der Republik getrieben wird. Abg. Wildermann (Z.) trat unter starkem Widerspruch für einen pazifistischen Geschichtsunterricht ein. Abg. Sommer (Dem.) rügte unter anhaltender Zustimmung des Hauses, daß das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung auch in dieser Frage widerspruchsvolle Erlasse herausgehen ließ und verlangte einen charaktervollen Geschichtsunterricht mit gesundem Augenmaß für Deutschland und das Ausland. Abg. Ripel (Dem.) stimmte einer Reform insoweit bei, daß kein übertriebener Reformenkult zugelassen werden dürfe. Abg. Obhut (US.) billigte die Grundabsicht des Erlasses und Abg. Richert (D. V.) wies die Regierung darauf hin, daß die Mehrheit des Hauses mit dem Erlaß unzufrieden sei. Abg. Höfler (Dem.) tritt dann für die Vorlage eines Beamtengesetzes und die Aenderung des Disziplinargesetzes ein. Die Regierung ließ erklären, daß sie die Reichsgesetzgebung abwarten müsse. Die kurze Aussprache, die in Anwesenheit von höchstens 30 Abgeordneten stattfand, ließ erkennen, daß das Haus die beschleunigte Vorlage der Gesetze verlangt. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr: Dritte Lesung des Gesetzentwurfes über die Erhöhung der Tarife im Güter und Tarifverkehr der Eisenbahn: Kleine Vorlagen: Antrag Dr. Friedberg über Höchstmieten. Schluß 6 Uhr.

Deutsches Reich.

d. Hamburg, 21. Febr. In einer stark besuchten Mitgliederversammlung der Deutsch-Demokratischen Partei Hamburgs sprach Dr. Melchior, einer der Delegierten zur Versailler Friedenskonferenz, am Feitag über Fragen der auswärtigen Politik. Der Redner legte dar: Die Grund-

Unterhaltendes.

Auffässige Tabakpflanzer.

Badische Tabakpflanzer beschlossen in einer großen, in Karlsruhe abgehaltenen Versammlung, den Tabak der Ernte 1919 nicht an die Tabakhandelsgesellschaft abzuliefern, sondern selbst einzulagern und zu fermentieren.

Die Tabakpflanzer setzen sich dadurch bewußt in Gegensatz zu den reichsgesetzlichen Bestimmungen, nach welchen sie verpflichtet sind, die Ernte von 1919 an die deutsche Tabakhandelsgesellschaft in Mannheim abzuliefern, während in Aussicht genommen ist, die Ernte 1920 freizugeben. Da der amtliche Höchstpreis 450 *M* und 20 Prozent Zuschlag ist, im Schleichhandel aber 1200 bis 2000 *M* erzielt werden, so würden die Tabakpflanzer bedeutende Vorteile auch dann noch erzielen, wenn sie das Produkt selbst vergären und behandeln. Sie sollten sich aber bewußt bleiben, daß ihr Vorgehen unter allen Umständen ein schlechtes Geschäft bedeutet, da es gegen die reichsgesetzlichen Bestimmungen mit ihren einschneidenden Strafbestimmungen verstößt.

Schlaraffenleben in der Tschecho-Slowakei.

Ein Mitarbeiter des „Bautzener Tageblattes" hat in den letzten Tagen einen Ausflug in die nordböhmischen Grenzgebiete unternommen und plaudert nun allerlei von seinen Erfahrungen mit Kalbshaxen, Faschingskrapfen und ähnlichen schönen Dingen aus dem tschechischen „Jenseits" aus. Danach ist die weltberühmte böhmische Küche allerdings in ihrer früheren Güte vorhanden. Aber wer drüben ein Schlaraffenleben führen will, muß auch wie bei uns viel Geld in den Beutel tun. Besonders auf die Nerven fallen die Unmengen Butter, die Berge feister Würste, Schweinehälften, Speckseiten und Schinken in den Metzgerläden und Delikateßgeschäften. Das Markensystem besteht in Böhmen nur noch für Brot, Mehl und Hülsenfrüchte und darin ist angesichts der Zufuhr aus Jugo-Slavien und Amerika kein Mangel. Denn wenn der Deutsche auf den Tschechen angewiesen wäre, gäbe es nur noch Tschechen in Oesterreich. Der tschechische Bauer hat zwar von jeher die Nahrungsmittel zurückgehalten, früher aus politischen Gründen, heute aus politischen und finanziellen vereint. Dagegen wird der deutsche Bauer kräftig herangenommen. Weit billiger noch als die Lebensmittel bei uns sind aber drüben die Spirituosen. Ein Glas echter französischer Kognak kostet nur 50 Pfennige, und eine Flasche Rum sogar nur etwa 8 Mark. Das ist das Glück der Pascher. 90 Prozent aller von Böhmen und Sachsen geschmuggelten Waren sind daher auch Spirituosen. Nacht für Nacht knallen an den Grenzen die Büchsen der Zollbeamten. Einige Armeekorps Arbeitsloser, Abenteurer und Taugenichtse nähren sich vom Schmuggel und werden reich dabei. — Die Eisenbahnverhältnisse sind, wie auch schon früher, im österreichischen Böhmen, die denkbar miserabelsten. Die Fremdenkontrolle in den Gasthöfen wird peinlich streng geübt und scharf achtet man besonders auf reisende Ehepaare, die nur mit einem Trauschein aufgenommen werden. Man muß sich sogar mit dem Gedanken schlafen legen, daß die tschechische Sittenpolizei in tiefster Nacht als besorgte Mutter erscheint, um nach dem Rechten zu sehen. Sh.

Der Ruf aus dem All.

Die „Daily Mail" veröffentlichte, wie gemeldet wurde, eine merkwürdige Mitteilung des Marconi. Der berühmte Elektrophysiker erzählt: Es wurden eigentlich sonderbare Laute und Zeichen in den englischen und amerikanischen Stationen für drahtlose Telegraphie aufgefangen, die nach ihrem ganzen Charakter aus einer Gegend außerhalb der Erde kommen müssen. Man beobachtete, daß gewisse Zeichen in größerer Häufigkeit auftreten als andere, so zum Beispiel der Buchstabe „S". Allerdings war man bis jetzt nicht in der Lage, diese Zeichen aufzulösen. Man hat diese Störungen nicht nur gleichzeitig in London und Newyork beobachtet, sie haben auch an beiden Orten eine gleiche Intensität gezeigt. Das scheint anzudeuten, daß ihre Quelle in sehr weiter Entfernung liegt, so daß im Vergleich zu ihr die Distanz London-Newyork (etwa 7200 Meilen) relativ klein sein muß. Bis jetzt hat man noch nicht den leisesten Anhaltspunkt für den Ursprung dieser Störung. Sie dürfte auf Naturerscheinungen in großer Entfernung, möglicherweise Eruptionen in der Sonne, zurückzuführen sein. Auf die Frage des Interviewers, ob diese sonderbare Erscheinung möglicherweise in Zusammenhang gebracht werden könnte mit Versuchen auf anderen Planeten, eine Verbindung mit der Erde herzustellen, antwortete Marconi: „Ich schließe diese Möglichkeit nicht aus, aber es ist kein Beweis dafür vorhanden. Wir wollen die Sache erst gründlich untersuchen, ehe wir eine bestimmte Erklärung abgeben." Er fügte hinzu, daß diese Erscheinung schon vor dem Kriege beobachtet wurde, daß ihre Untersuchung aber durch den Krieg selbst unterbrochen worden sei. Die sonderbaren Laute beschränken sich nicht auf bestimmte Tageszeiten, sondern zeigen sich ebenso bei Tag wie bei Nacht. Das Blatt resümiert die Mitteilungen Marconis in folgenden Sätzen: Die Signale kommen aus großer Entfernung, denn sie werden an verschiedenen Orten der Erde mit gleicher Intensität aufgefangen. Dieses Moment scheint eine Influenz von seiten der Erde oder der Erdatmosphäre auszuschließen. Die Zeichen können durch elektrische Störungen in der Sonne begründet sein. In diesem Fall müßten dieselben einen Weg von über 90 Millionen Meilen durch den Aether zurückgelegen. Aber die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß sie von einem Paneten stammen und durch Versuche, mit der Erde in Verbindung zu treten, hervorgerufen sind.

Entente-Soldaten und deutsche Mädchen.

Ein beherzigenswertes Mahnwort an die deutschen Mädchen erläßt in den ostpreußischen Zeitungen eine deutsche Frau. Ihre Ausführungen verdienen auch anderwärts volle Beachtung. Sie schreibt: Wir wissen, daß wir in wenigen Tagen eine englische Besatzung bekommen. Wir wissen, daß die englischen Soldaten stattliche, gut aussehende Menschen sind, wohl ausgerüstet, gut gepflegt und es sind ja Sieger! Darum möchte ich ein Mahnwort an unsere jungen Mädchen richten. Ihr lieben deutschen Mädchen, wenn euch diese jungen, stattlichen Menschen gefallen, vergeßt nicht, auch nicht auf einen Augenblick, daß es unsere Feinde sind. Denkt an die Ströme deutschen Blutes, die durch unsere Feinde geflossen sind. Bedenkt, was ihr euch, was ihr dem deutschen Namen schuldig seid. Kümmert euch nicht um die Fremden, sondern haltet fest zu unseren deutschen jungen Männern, wenn da auch nicht alle so sind, wie sie sein müßten. Sie sind in den schrecklichen Kriegsjahren an vielen irre geworden: An ihrem Gott, ihren Vorgesetzten, ihren Brüdern. Helft ihnen lieber zurecht; Mädchenreinheit und Frauenwürde vermögen da viel mehr als Vorträge. Aber nicht dadurch, daß ihr mit ihnen ins „Kino" oder auf den Tanzboden geht, dort mit albernen Mützen und Papierschlangen kokettiert und Zigaretten raucht. Gegen das Tanzen hat kein Freund der Jugend etwas einzuwenden; die Jugend hat lange gedarbt und soll Freude und Sonnenschein haben. Aber tanzt die alten deutschen Tänze: Walzer, Rheinländer usw., nicht den blödsinnigen Onestep, Twostep, Boston, die scheußlich aussehen. Laßt aber bei allem unsere Feinde aus dem Spiel. Habt ihr aber Gelegenheit mit ihnen zu sprechen, dann seid höflich, aber kühl bis ins Herz hinein. So werdet ihr sogar die Achtung unserer Feinde erzwingen und diese werden nicht über die „dummen deutschen Mädel" zu spotten brauchen, die jeden freundlichen Brocken der „schneidigen Ausländer" für bare Münze nehmen. sb.

Direktive jedweder deutschen auswärtigen Politik ist gegeben: Die Revision des Friedensvertrages im Sinne des ehrlich verstandenen Wilson-Programms. Dazu muß aber vor allem eine neue Atmosphäre der Furchtlosigkeit und des Vertrauens bei unseren Feinden hergestellt werden. Nur gegen ein demokratisches Deutschland wird die Welt und werden auch unsere Feinde allmählich versöhnlicher werden. Reaktion sowie kommunistischer Radikalismus erschweren jede Annäherung. Die Schuldfrage ist endgültig und in dem Sinne zu klären, daß der Krieg das Ergebnis der damaligen imperialistisch-kapitalistisch orientierten Gesamtkonstellation Europas darstellt.

Das Urteil gegen den Fähnrich v. Hirschfeld.

d. Berlin, 21. Februar.

Im Prozeß gegen den Fähnrich v. Hirschfeld lautet das Urteil auf 18 Monate Gefängnis unter Ablehnung der Gastentlassung, aber voller Anrechnung der Untersuchungshaft. Bei der Strafzumessung hat das Gericht die Jugendlichkeit des Angeklagten und seine ideale Gesinnung sowie den Umstand als mildernd berücksichtigt, daß dem Verletzten dauernde Nachteile nicht entstehen werden. Als strafverschärfend zog das Gericht den Umstand in Betracht, daß es nicht angehe wegen abweichender politischer Urteile zum Revolver zu greifen.

Keine Einladung deutscher Kinder nach England.

T.U. **Haag,** 21. Febr. Der Gemeinderat von Manchester hat sich gegen die Einladung von Kindern aus den feindlichen Ländern ausgesprochen. Man könne keinen Unterschied zwischen den Kindern und ihren Eltern machen, und es sei zu befürchten, daß sie Feindseligkeiten ausgesetzt sein würden. Manchester wird sich daher darauf beschränken, mit Lebensmittelsendungen zu helfen.

Zum Schutze des Handwerks.

Die demokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung hat folgende förmliche Anfrage Dr. Friedberg-Drücker und Genossen gestellt:

„Ist der Staatsregierung bekannt, daß vielfach von Staatsarbeitern, Angestellten und Beamten gewerbsmäßig Privatarbeiten (sogenannte Pfuscharbeiten) in erheblichem Umfange ausgeführt werden. Hierdurch wird dem schwer ringenden Handwerkerstande eine gefährliche unlautere Konkurrenz gemacht, und es tritt eine Vergeudung der spärlich vorhandenen Rohmaterialien ein. Ist die Staatsregierung bereit, durch Erlaß allen Staatsbeamten lediglich um ein Verbot gewerbsmäßiger Nebenarbeiten jeder Art zu untersagen."

Ausdrücklich muß hervorgehoben werden, daß es sich lediglich um ein Verbot gewerbsmäßiger Neben arbeiten handeln soll.

Neuregelung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge.

Die Demokraten haben in der Preußischen Landesversammlung einen wichtigen Antrag zu Gunsten der Pensionäre eingebracht. Es gibt wohl kaum andere Kreise, die unter der gegenwärtigen Teuerung so zu leiden haben, wie die verdienten früheren Staatsbeamten und ihre Hinterbliebenen. In der Preußischen Landesversammlung haben die Sozialdemokraten die sofortige Vorlegung eines Gesetzentwurfes gefordert, durch den die Ansprüche der Altpensionäre und Pensionäre der unmittelbaren und der mittelbaren Staatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen geregelt werden. Die demokratische Fraktion hat im Interesse der früheren Staatsbeamten und ihrer Hinterbliebenen beantragt, diesen sozialdemokratischen Antrag zu erweitern und ihm folgende Fassung zu geben:

„Die Staatsregierung zu ersuchen, gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf zur Neuregelung der Beamtengehälter einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge für Pensionäre und Altpensionäre vorzulegen, der die bisher eingetretene Geldentwertung möglichst ausgleicht und die Berücksichtigung des jeweiligen Geldwerts zugrunde legt."

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

23. Februar

Zur Frage der Ziegen- und Schweinezucht in den städtischen Gemeinden.

Aus Thüringen wird uns geschrieben:

Neuerdings macht sich hier im Schleusinger Kreise wie überhaupt in den benachbarten thüringischen Bundesstaaten lebhaft eine Bestrebung bemerkbar, die darauf zielt, die Ziegenzucht durch Reinzucht und Zucht-Buchführung zu heben. Angesichts der schwierigen Milchversorgung ist diese Maßnahme nur mit Freuden zu begrüßen. Der Magistrat in Suhl hat daher auch jetzt beschlossen, durch Vermittlung der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen die Toggenburger Rasse hier einzuführen. Erfreulicherweise hat sich die Landwirtschaftskammer bereit erklärt, Darlehn von 150 *M* für jeden dauernd gehaltenen Bock und Beihilfen bis zu 25 v. H. des Kaufpreises in Aussicht zu stellen, wenn reinrassige Tiere mit Abstammungsnachweis beschafft werden. Zur zweckmäßigen Durchführung der ganzen Maßnahmen hat sich daher eine Ziegenbock-Haltungsgenossenschaft gebildet, die dafür Sorge tragen will, daß diese Böcke bei entsprechendem Futter und ausgiebiger Bewegung so gehalten werden, daß dieselben möglichst lange zuchtfähig bleiben. Die Genossenschaft hat ferner die Verantwortung dafür übernommen, daß sämtlichen Verpflichtung sorgfältig nachgekommen wird und für den Fall, daß der Bock krepieren oder zur Zucht untauglich werden sollte, dafür Sorge tragen zu wollen, daß innerhalb sechs Wochen mit eigenen Kosten ein gleichwertiger Bock eingestellt wird.

In gleicher Weise hatte sich der Magistrat in Suhl der Hoffnung hingegeben, durch Aufnahme der Schweinemast die Fleischkalamität etwas zu mindern. Aus diesem Grunde war der Magistrat mit der Landwirtschaftskammer in Halle in Verbindung getreten und hatte angefragt, ob es möglich ist, auf Grund von abgeschlossenen Mastverträgen Schweine zu züchten. Der Magistrat hat sich hierbei besonders auf die Maßnahme des Anhaltischen Viehverbandes gestützt, der den Landwirten 300 *M* für den Zentner Schweinefleisch zahlt. Es hat also dort die Bevölkerung den Vorteil für jeden Kopf und jede Woche 150 Gramm Schweinefleisch zur Verfügung zu haben. Die Landwirtschaftskammer hat daraufhin dem Magistrat mitgeteilt, daß für die Provinz Sachsen schon Mastverträge durch das Landesfleischamt eingereicht sind und daß zurzeit die Hauptgesellschaft für Viehverwertung damit beschäftigt ist, diese Verträge auszubauen. In der Provinz Sachsen sollen so z. B. 6000 Schweine gemästet werden und zwar unter Hergabe einer Futtermenge von 12 000 Zentnern. Den Preis frei Station des empfangenden Kommunalverbandes hat das Landesfleischamt auf 450 *M* für den Zentner festgesetzt. Die Zuweisung soll durch die Provinzial-Fleischstelle in Magdeburg erfolgen. Interessant ist hierbei zu erfahren, daß die Hauptgenossenschaft für Viehverwertung in Halle in der Frage der Wiederaufnahme der Schweinemast folgende wichtigen Grundlagen festgelegt hat: 1. Das Mindestabnahmegewicht der Schweine ist auf 160 Pfund abzüglich 5 v. H. ab Verladestation des Mästers festgelegt. 2. Der Preis für den Zentner Abnahmegewicht beträgt 380 Mark. 3. Für jedes Vertragsschwein kommen zwei Zentner obiger Futtermittel entsprechend den verfügbaren Mengen der Einzelfuttermittel zusammengesetzt, zum Einheitspreise von 85 *M* für den Zentner frachtfrei der Station des Mästers zur umgehenden Ablieferung. 4. Die Ablieferung einer größeren Anzahl Schweine, als sie vertragsmäßig festgelegt ist, ist zulässig. 5. Die Ablieferung von Schweinen wird auf die von der Provinzialfleischstelle bezw. vom Kommunalverband angelegte Schlachtviehablieferung gerechnet.

Bemerkenswert ist hierbei noch, daß es sich bei diesen Mastverträgen nicht darum handelt, Ferkel aufzustellen und bis zu dem vorgeschriebenen Mindestgewicht zu mästen, sondern vorhandene, bereits 140 Pfund etwa schwere Schweine auf das geforderte Gewicht zu bringen und sobald als möglich abzuliefern. Es wird hierbei als selbstverständlich betrachtet, daß jedes Schwein, welches das erforderliche Gewicht bereits erreicht hat und auf Grund des Mastvertrages angeboten wird, sofort zur Abnahme gelangt.

= **Rauhreif.** Seit gestern hat die Witterung nach längerer Zeit einmal wieder einen mehr winterlichen Charakter angenommen. Heute früh lag dicker Rauhreif auf Dächern und Bäumen und Sträuchern. Die Temperatur ist erheblich gesunken und soll, wie uns ein Wetterkundiger mitteilt, in der nächsten Woche sich im allgemeinen strenger halten. Aber „es muß doch Frühling werden!"

= **Deutsche Demokratische Partei.** Heute abend 8 Uhr findet im „Herforder Hof" eine Werbeausschußsitzung statt; im Anschluß hieran Aussprache über politische Tagesfragen.

= **Zu der demokratischen Volksversammlung im Vereinshaus** schreibt uns der Führer der Unabh. Sozialdemokratie, Herr Schmidt, folgendes: In der Nr. 41 Ihrer Zeitung vom 18. Februar d. Js. sagen Sie in einer Besprechung der am 17. Februar stattgefundenen öffentlichen Versammlung: „Konnte doch Herr Kuhle in seinem Schlußwort feststellen, daß auch der Redner der Unabhängigen, Herr Schmidt, prinzipiell zugestanden habe, daß in den leichteren Berufen mehr als 8 Stunden gearbeitet werden müsse." Diese Worte entsprechen nicht der Wahrheit und ersuche ich Sie hiermit höflichst, auf Grund des Preßgesetzes folgende Berichtigung an der gleichen Stelle Ihrer Zeitung aufzunehmen: „Ich habe nicht zugestanden, daß in den leichteren Berufen mehr als 8 Stunden gearbeitet werden müsse. Im Gegenteil, ich habe darauf hingewiesen, daß auch derjenige, der leichtere Arbeiten verrichte, Anspruch darauf habe, in freier Zeit sich seiner Familie zu widmen und an den Gütern der Kultur teilzunehmen. Wohl habe ich weiter gesagt, daß ich mir einen Zustand denken kann, in welchem das werktätige Volk die Arbeitszeit verlängern könnte, um aus der jetzigen großen Not herauszukommen. Dann aber müßten dem schaffenden Stande Garantien gegeben werden, daß ihm auch der Ertrag der Arbeit zufalle und nicht Müßiggängern zugute komme." Herr Schmidt gibt hier wiederum ausdrücklich zu, was wir behauptet haben, daß selbst er unter Umständen für eine Verlängerung der Arbeitszeit ist.

g. **Der landwirtschaftliche Gemeindeverein Altstädter Feldmark** hielt am letzten Sonnabend bei äußerst reger Beteiligung seine erste Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Eingänge erstattete der 2. Vorsitzende den Jahresbericht, der ein erfreuliches Bild von dem Wachsen und den Arbeiten des Vereins bot. Die Zahl der Mitglieder ist auf 121 gestiegen. In 8 Mitgliederversammlungen und mehreren Vorstandssitzungen wurden berufstechnische und wirtschaftspolitische Fragen eingehend erörtert. Alle Versammlungen erfreuten sich eines starken Besuches. Die Arbeit des Vereins läßt erkennen, daß man durch die Gründung einem Bedürfnis entgegengekommen ist. In bescheidenem Maße konnten den Mitgliedern auch wirtschaftliche Vorteile geboten werden. Mehrere Ladungen Kali, Thomasmehl, Holz und Frühkartoffeln fanden willige und dankbare Abnehmer. Nach dem Kassenbericht verfügt der Verein über einen Geldbestand von 245,48 *M*. Die Vorstandswahl ergab folgendes Bild: Landwirt Fritz Strenger 1. Vors., Lehrer Jürgensmann 2. Vors., W. Säger 1. Schriftf., Gottl. Breder 2. Schriftf., Lehrer Reinecke Kassierer und die Landwirte Riepe, A. Berg, A. Fösste, H. Bäumer, König und Schuhmachermeister Hagemeyer als Beisitzer. Der 2. Vorsitzende wies dann unter dem Punkte Verschiedenes noch auf die hohe Bedeutung einer geordneten Buchführung und die Fortbildung des landw. Nachwuchses hin. In der nächsten Versammlung wird Herr Oberinspektor Müller einen Vortrag über die Vermögensaufstellung zur Kriegsgewinnsteuerabgabe halten.

Lippische Freistaaten.

Bad Salzuflen, 22. Febr. Ein gräßlicher Unglücksfall ereignete sich am Donnerstagnachmittag in einem Gehölz in der Nähe von Exter. Der Arbeiter August Kohring von hier war mit dem Sprengen von Baumstubben beschäftigt. Auf noch nicht aufgeklärte Weise entlud sich die Pulverladung zu früh. Er wurde von der vollen Ladung getroffen und im Gesicht und am übrigen Körper gräßlich verletzt. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde er ins Hoffmannenstift eingeliefert, wo er aber heute früh seinen schweren Verletzungen leider erlag.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

wtb. **Dortmund,** 20. Febr. Die Grippe greift hier immer weiter um sich. Die größte Zahl der Sterbefälle wurde am 19. Februar mit 42 erreicht. In der letzten Berichtswoche sind im ganzen 170 Personen gestorben gegen 115 in der vorletzten Woche. Auch andere Krankheiten fordern erhebliche Opfer.

Dortmund, 22. Febr. Der sozialistische zweite Bürgermeister von Kamen Oswald Lepke, griff in angetrunkenem Zustande einen Knappschaftsassistenten an und warf ihn die Treppe hinunter. Die Strafkammer diktierte ihm eine Geldstrafe von 300 M. zu.

wtb. **Essen,** 20. Febr. Zu besoldeten Beigeordneten der Stadt Essen sind heute Stadtrat Weber aus Kassel und Stadtbauinspektor Bode aus Gelsenkirchen gewählt worden.

Kiel, 20. Febr. Nach Berechnung der hiesigen Ortskrankenkasse sind in den letzten Tagen hier täglich 600 Neuerkrankungen an Grippe zu verzeichnen gewesen.

TU. **Oppeln,** 21. Febr. Die Grippe wütet weiter in Oberschlesien. Im Kreise Pleß sind ferner Pocken und Flecktyphus festgestellt worden, die aus Galizien eingeschleppt worden sind.

4000 Personen ertrunken?

dd. **Hamburg,** 20. Febr. Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus Konstantinopel, daß zwei große Dampfer mit je etwa 2000 Flüchtlingen auf Minen gelaufen und bei der Einfahrt in den Bosporus gesunken sind. Man nimmt an, daß alle Passagiere umgekommen sind.

Sport.

Ringkampf-Konkurrenz. Man schreibt uns: Am Sonnabend betraten als erstes Paar Lassartesse (Frankreich) und Gockisch (Deutsch-Amerikaner) die Matte, um auf die Herausforderung des Franzosen sich im griechisch-römischen Stile zu messen. Es entwickelte sich sofort ein äußerst lebhafter Kampf, bei welchem beide Ringer sich etchnisch von außerordentlichem Können zeigten. An Kraft schien der Amerikaner etwas überlegen zu sein, doch wußte der Franzose sich aus gefährlichen Situtationen, in welche ihn Gockisch brachte, immer wieder durch seine außerordentliche Gewandtheit zu retten. Der Deutsch-Amerikaner ging nach Schluß der zweiten Pause schärfer ins Zeug und brachte den Franzosen mehrmals der Niederlage nahe. Seine Ueberlegenheit wurde immer unverkennbarer. Nachdem das Treffen bereits 42 Minuten gedauert hatte, zog Gockisch einen gut sitzenden Kopfgriff aus dem Stand und, als der Franzose durch Aufstehen parieren wollte, riß ihn Gockisch zurück und direkt auf beide Schultern. Er war somit Sieger und der Franzose hatte die 100 *M* verloren, welche an die Kriegsblinden ausgezahlt wurden. Reicher Beifall wurde dem Sieger gespendet. — Der zweite Kampf zwischen Schwarz-Berlin und Overdiek (Westfalen) brachte zwei gleichwertige Gegner auf die Matte, welche in den angesetzten 20 Minuten nicht recht in Schwung kamen, da beide selbstverständlich äußerst vorsichtig zu Werke gingen und beide an Punktwertung an der Spitze stehen. — Am Sonntag traten sich zuerst Möbus (Olympiasieger) und Lassartesse (Frankreich) gegenüber. Der schlanke Möbus hielt sich 15 Minuten recht brav gegen die überlegene Kraft und Technik des Franzosen, mußte aber nach dieser Zeit eine Niederlage durch Eindrücken der Brücke hinnehmen. Das 2. Treffen des Abends zwischen Schwarz und Jänker endete nach einer Gesamtzeit von einer Stunde und 2 Minuten langem, lebhaftem Ringen zugunsten des Berliner Schwarz. — Heute, Montag, beginnen nun die Schlußkämpfe. Es ringen Fischer (Sachsen) gegen Overdiek (Westfalen) und Schwarz-Berlin gegen Möbus (Olympiasieger). Alle Kämpfe kommen von heute ab bis zur Entscheidung zum Austrag.

Wirtschaftsleben.

Produktenmarkt.

Berlin, 21. Febr. Für Hafer auf März wird trotz der nur noch einwöchigen Frist und der dann eintretenden Frachtverdoppelung Aufgeld gezahlt. Für Erbsen ist die Kauflust ruhiger. Gute Peluschken sind zu bisherigen Preisen unterzubringen. Die vielfach angebotenen klammen Posten bleiben vernachlässigt, da man für ihre Halbbarkeit im Falle wärmeren Wetters fürchtet. Ackerbohnen waren wenig verändert, bei ruhigem Verkehr. Von Wicken wurden in Berlin weniger beliebte Sorten viel von Ostpreußen angeboten. Lupinen sind eher etwas schwächer ebenso Seradelle. Heu behauptet, Stroh matter.

Amtliche Preise: Hafer für 1000 Kgr. 1000 — auf Abladung 1600—1630 *M*, ab Station. Nichtamtliche Preise: (alles für 50 Kilogramm ab Station). Erbsen: Viktoriaerbsen 440—580 *M*, gelbe und grüne Erbsen 380—540 *M*, Bohnen: weiße inl. 400 bis 500 *M*, Peluschken 235—245 *M*, Pferdebohnen 230—255 *M*, Wicken 180—190 *M*, Lupinen 90—115 *M*, Seradelle 128—136 *M*, Wiesenheu lose, 47—54 *M*, Stroh, drahtgepreßt 26—35 *M*, gebündelt 25—32 *M*, Runkelrüben 8,75—9,25 *M*, je nach Abladestation, Kohlrüben 8—8,50 *M*, weiße 5,75—6 *M*, Trockenschnitzel 98—100 *M*, Patentsteffen 112—115 *M*, Rotklee inl. seidefrei 1700—2000 *M*, Buchweizen 270—286 *M*.

Kohlenförderung und Wohnungsnot.

Essen, 22. Febr. Die im Bereiche der Handelskammer Dortmund gelegenen Glashütten sind von der Kohlennot empfindlich getroffen worden. So hat zum Beispiel die Glasfabrik Utermann in Annen, die in normalen Zeiten ungefähr 200 Arbeiter beschäftigte, seit Weihnachten ihren Betrieb über 6 Wochen still legen müssen und ihn erst vor Kurzem wieder aufnehmen können. Die von der Kohlennot betroffenen Betriebe stellen in der Hauptsache Fensterglas her. Da infolge des Mangels an Kohlen noch Mangel an Rohstoffen besteht, so ist die Fabrikation an Fensterglas an sich schon sehr zurückgegangen und wird infolge der völligen Stillegung zweier so großer Betriebe natürlich noch größeren Umfang annehmen. Die wichtigste Folge wird sein, daß viele Bauten, die fertiggestellt sind, nicht bezogen werden können, weil die Verglasung fehlt. Auch hier zeigt sich wieder, daß die Wohnungsnot, unter der besonders die Arbeiterkreise so sehr zu leiden haben, zum großen Teil eine Folge der Kohlennot ist und daß die Whnungsnot erst gehoben werden kann, wenn eine gesteigerte Kohlenförderung die Möglichkeit dazu bietet.

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Lichtspielhaus „Wittekind“

Höckerstrasse 5. Telephon 699.

Heute Montag, den 23. Februar:

Beginn der Schluss- u. Finale-Kämpfe

der grossen internationalen Ringkampf-Konkurrenz!

Alle Kämpfe bis zur Entscheidung!

Es ringen:

Overdiek Meisterringer von Rheinland u. Westfalen	——	**Fischer** Meisterringer von Sachsen
Möbus Olympiasieger, Kopenhagen	——	**Max Schwarz** Meisterringer von Deutschland.

Sieger gegen Sieger!

Vor den Kämpfen:

Das grosse Kinoprogramm! Das grosse Kinoprogramm!

Die Nacht der ersten Liebe.
Dramatischer Film in 4 Teilen.

Die Liebesschule.
Lustspiel in 3 Akten.

„Alles verkehrt“
Filmkomödie in 3 Akten.

Anfang 6½ Uhr. Beginn der Ringkämpfe: 9¼ Uhr.
Freikarten und Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Dutzendkarten gegen entsprechende Zuzahlung.
Beginn des Vorverkaufs um 5 Uhr.

Brinkmanns Theater,
Dir. Willy Tholen.

Dienstag, den 24. Februar, abends 7½ Uhr:
Großer Operettenabend mit verstärktem Orchester.
Des großen Erfolges wegen zum zweiten Male

„Die Faschingsfee“

Operette in 3 Akten von Dr. A. M. Willner und Rudolf Oesterreicher.
Musik von Emmerich Kálmán (Komponist der Czardasfürstin.)
In der Titelrolle: Frau Direktor Dora Tholen.
Erhöhte Operettenpreise. Vorverkauf bei Kortkamp.

Kaufe laufend jedes Quantum zum Selbstverbrauch:

Altblei sowie Geschirrzinn

zu Tagespreisen.

August Kersting, Triebenstraße 16 Fernsprecher 716.

Geschäfts-Verlegung.

Mache hiermit meiner hochverehrten Kundschaft bekannt, daß ich meine Werkstatt von Salzuflerstr. nach

Bismarckstraße Nr. 78

im Hause des Herrn Aug. Heidsiek verlegt habe. Mein Bestreben wird stets sein, gute und reelle Bedienung in allen Maß- und Reparaturarbeiten zu leisten. Ich bitte daher, mich auch weiterhin in meinem jungen Unternehmen unterstützen zu wollen.

August Petersen, Schuhmachermeister.

Wir kaufen

Papierabfälle aller Art

(alte Zeitungen, Bücher, Journale)
zu Tagespreisen.
Buchdruckerei Fr. Kuhle
Fernsprecher 83 und 151.

Bruch- u. sonst. Alteisen

kauft

Eisenwerk Weserhütte A.-G.
Bad Oeynhausen.

Achtung! Achtung!

Personen-Auto

5/15 S. A. W. 4-Sitzer m. Gummibereifung, vollständig neu lackiert und durchrepariert, wenig gefahren, einschl. Luxussteuer für Mk. 40 000 sofort zu verkaufen. Zulassungsschein und Gutachten über die Prüfung des Wagens vorhanden.

W. Horstkotte, Agentur- u. Kommissions-Geschäft
Import-Export
Herford i. W., Hämelingerstr. 10.

Musikverein.
Damen u. Herren 8 Uhr pünktl.

„S.-C. Union 08“
e. V.
Jugendabteilung.
Montag, den 23. Februar, abends 7½ Uhr:
General-Versammlung
im Vereinsheim.

Männergesangverein „Liedertafel.“
Uebungsabend
morgen Dienstag, 8½ Uhr im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Maulwurfsfelle

und alle andern Sorten Felle kaufe zum höchsten Tagespreis. Maulwurfsfelle für 12—18 M.
Moritz Meyer, Bielefeld, Kreuzstraße 42.
Auch Postsend. sind erwünscht.

Jüngerer, kräftiger
Arbeiter
für alle vorkommenden Arbeiten zu sofort gesucht
Artur Spanier, Tabakgroßhandlung.

Tüchtigen
Schneidergehülfen
sucht für sofort
Friedrich Meise, Waltgeristraße 71.

Für die Konfektions-Krankenkasse wird zum 1. April ds. Jahres ein zuverlässiger
Kassenführer
gesucht, dessen Wohnung möglichst im Mittelpunkt der Stadt gelegen ist. Schriftliche Angebote sind einzureichen dem Vorsitzenden
Richard Pilgrim, Schillerstraße 7.

Suche zu sofort einen zuverlässigen
Mann
der mit Pferden umgehen kann.
Blanke, Pferdehandlung.

Suche für sofort oder später
Lehrling.
G. Quert, Feilenhauermeister, Brüderstraße 24.

Laufbursche
nicht unter 12 Jahren gesucht.
Ww. Weinberg, Bäckerstraße 26.

Für ein älteres Ehepaar ein
Mädchen
von 16 bis 18 Jahren, am liebsten vom Lande, für sofort oder zum 1. April gesucht.
Näheres unter Nr. 6183 in der Geschäftsst. d. Ztg.

Suche zum 1. März einen
jüngeren Bäckergesellen
Hermann Schnarre, Herring auten.

Jüngeres Mädchen
für leichte Hausarbeit, für ganze oder halbe Tage gesucht.
Rennstr. 33 I.

Fleißiges, propperes
Mädchen
für vormittags gesucht.
Nachzufragen unter Nr. 6024 in der Geschäftsst. d. Ztg.

Schulentlassenes, kinderliebes
Mädchen
zu sofort od. z. 1. April gesucht.
Frau Stakelbeck, Klarenstr. 19

Alleinstehendes älteres Mädchen sucht
Stellung
zur Führung eines kleinen Haushalts gegen geringe Vergütung zum 1. April oder Mai.
Nachzufragen u. Nr. 6197 in der Geschäftsst. d. Ztg.

Für sofort oder später ein
Mädchen
gesucht. Nachzufr. in der Geschäftsst. d. Ztg. unt. 6156.

Ia. amerikanische
Schreibmaschinen
Sichtsichtbar, feinste Arbeit, hochfeine Vervielfältigung abzugeben. Reflektanten belieben Anschrift einzureichen unter Nr. 6150 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zapfenschneid- und Schlitzmaschine
Fabrikat Kießling, fast neu, zu verkaufen. **K. Tribouillet,** Fernruf 769.

8—15 PS. u. 18—30 PS.
Lokomobile
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 6171 an die Geschäftsst. d. Zeitung.

Festsitzende Glucken
zu kaufen gesucht.
Salzuflerstraße 165.

20—25 Ctr. Ia. gesundes
Kleeheu
abzugeben.
Fritz Hachmeister, Vlotho, Kleinbahnhof.

Haarschmuckreparaturen
werden innerhalb eines Tages gewissenhaft ausgeführt.
Fritz Eifert,
Damen- und Herren-Friseur, Neuer Markt 6.

Strebsamer Handwerker, Tischler, sucht zur Vergrößerung des Geschäfts
5—6000 Mark
gegen Hypothek als Sicherheit.
Angebote unter B. 6100 an d. Geschäftsst. d. Zeitung.

Großer politischer Nachrichtendienst
Vossische Zeitung
Berlin
Monatl. 5 M. bei allen Postanstalten und beim Verlag Ullstein & Co., Berlin SW. 68.

Ein Leimofen
mit Wasserpfanne zu verkaufen
Rottmann jr., Heidestr. 88.

In das Handelsregister, Abteilung B, ist heute bei der Firma **„Landgut Baringhof“** Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baringhof, Gemeinde Westerenger, Kreis Herford (Nr. 48 des Registers) folgendes eingetragen worden: An Stelle des als Geschäftsführers entlassenen Kaufmanns Wilhelm Josting zu Enger ist der Kaufmann Fritz Seitz zu Herford als Geschäftsführer bestellt. Die Prokura des Fritz Seitz ist erloschen.

Herford, den 18. Februar 1920.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für den am 1. April d. Js. beginnenden Kursus an der Ostwald'schen Handelsschule haben wir eine Freistelle zu vergeben.

Gesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 15. 3. d. Js. bei uns einzureichen.

Herford, den 20. Februar 1920.

Der Magistrat.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) bestimme ich hiermit (vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksausschusses), daß Tanzlustbarkeiten in öffentlichen Lokalen während der Fastenzeit innerhalb des Regierungsbezirks Minden nicht abgehalten werden dürfen.

Unter das Verbot fallen Tanzereien in Gasthäusern und Wirtschaften, auch Vereins- und Gesellschaftsräumlichkeiten jeder Art.

Uebertretungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 *M* oder entsprechender Haft bestraft, sofern nicht noch weitere Nebenstrafen bewirkt sind, und zwar trifft die Strafe sowohl die Veranstalter der Tanzlustbarkeit wie auch denjenigen, der sie in seinen Räumen duldet.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Minden, den 12. März 1919.

Der Regierungspräsident.

Vorstehende Polizeiverordnung wird mit dem Bemerken erneut veröffentlicht, daß sie auch heute noch zu Recht besteht.

Herford, den 20. Februar 1920.

Der Landrat. Die Polizeiverwaltung.

Abänderung der Fluchtlinie des Wellbrockeweges

vor dem Grundstück des Kolons Wittelmeyer Nr. 25.

Durch Beschluß des Magistrats vom 20. Januar 1920, sowie der Stadtverordneten vom 13. Februar 1920 ist der Fluchtlinienplan des Wellbrockerweges vor dem Grundstücke des Kolons Wittelmeyer Nr. 25 abgeändert worden. Dieser Plan liegt gemäß der §§ 7 und 10 des Fluchtliniengesetzes vom 2. Juli 1875 vom 20. ds. Mts. bis einschl. 19. n. Mts. auf dem Stadtmeßamt, Zimmer 81 des Rathauses zu Jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen diese Aenderung können in der angegebenen Ausschlußfrist bei uns angebracht werden.

Herford, den 17. Februar 1920.

Der Magistrat.

Leimgallertemelassefutter als Pferdebeifutter.

kann in der Futtermittelverkaufsstelle, Weberei Weddigen, Diebrockerstraße 42, gekauft werden. Der Zentner kostet 46,00 *M* Säcke sind mitzubringen.

Kauffrist: 25. ds. Mts.

Lebensmittelamt der Stadt Herford.

Bekanntmachung.

Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R. G. Bl. S. 1903).

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R. G. Bl. S. 1903) werden für die Zeit vom 16. Februar bis 14. März 1920 einschließlich folgende Sätze als Häutezuschlag, der an den Tierhalter zu bezahlen ist, für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt:

für Rinder, ausgenommen Kälber 52,20 *M*, für Kälber 116,40 *M*, für Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwolligen Fellen 77,40 *M*, für Schafe mit Blößen 67,80 *M*, für Pferde einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel 40,20 *M*.

Berlin, den 9. Februar 1920.

Reichsfleischstelle, Verwaltungsabteilung.

Der Vorsitzende. J. V. gez. Dr. Klumpp.

Veröffentlicht!

Herford, den 16. Februar 1920.

Der Kreisausschuß.

Bekanntmachung.

Die Dampfwalze arbeitet auf den nachbenannten Kreisstraßen:
Enger—Spenge vom 23. bis 28. Februar ds. Js. von Kilometer 4,3 bis 4,8.
Herford—Oberbehme vom 1. März bis 17. April ds. Js. von Kilometer 3,5 bis 7,1.

Herford, den 21. Februar 1920.

Der Kreisbaumeister.

Die Fettration

für diese Woche beträgt: 1. Auf die Margarinemarke 11 für Fettversorgungsberechtigte 50 Gr. Margarine zum Preise von 87 *J*. 2. Auf die Fettmarke 10 50 Gramm Oel zum Preise von 1,15 *M*.

Herford, den 23. Februar 1920.

Der Kreisausschuß, Abt. Kriegswirtschaft.

Die Marmeladenmarke 1

wird für diese Woche über 1 Pfd. Marmelade in Kraft gesetzt.

Herford, den 23. Februar 1920.

Der Kreisausschuß, Abt. Kriegswirtschaft.

Wochennachricht

für die Woche vom 22. bis 28. Februar 1920.

1. Fett: a) Auf Abschnitt 2 der Fettkarte V 80 Gr. Butter und 30 Gr. Margarine, b) auf Abschnitt 2 der Fettkarte S 60 Gramm Butter, c) auf Abschnitt 1 und 2 der Karte für Auslandsfett je 50 Gr. Margarine.

2. **Mager- oder Buttermilch:** täglich ein Siebentel Liter.

3. **Fleisch:** a) Vollkarten: 1. Auf zehn Abschnitte der Fleischkarte 125 Gr. Frischfleisch und bis zu 30 Gr. Blut- oder Leberwurst. — b) Kinderkarten: 1. Auf fünf Abschnitte der Fleischkarte 65 Gr. Frischfleisch und bis zu 30 Gr. Blut- oder Leberwurst.

4. **Fremdennahrungsmittelkarten:** Auf Abschnitt 1: 150 Gr. Zucker, auf Abschnitt 2: 75 Gr. Teigwaren, auf Abschnitt 3: 100 Gramm Graupen, auf Abschnitt 4: 100 Gr. Marmelade oder Kunsthonig.

Wer nicht sämtliche Abschnitte beliefert haben möchte, hat diese vor Abgabe an die Bezirksgeschäfte abzutrennen.

Falls eine besondere Bekanntmachung nicht erfolgt, werden die eben aufgeführten Lebensmittel jede Woche in derselben Menge auf die betr. Karten-Abschnitte abgegeben. Etwaige Aenderungen werden besonders bekanntgegeben. Die Wochennachricht wird in Zukunft nicht mehr veröffentlicht.

Lippische Wirtschaftsgemeinschaft.